



EU-NACHRICHTEN



MELDUNG DER WOCHE 3

EU-Kommission fördert Sport

IM FOKUS 4-5

Galileo und EGNOS feiern Richtfest

Initiative zur außergerichtlichen Streitbeilegung

PANORAMA 8

Das Ostsee-Duo:
Kulturhauptstädte Europas 2011

AKTUELL

Mehr Koordination für den Euro

EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso ist dem Eindruck entgegen getreten, er setze für mehr Stabilität in der Euro-Zone vor allem auf Finanzhilfen für strahlende Staaten. Die Kommission habe in ihrem ersten Jahreswirtschaftsbericht eine umfassende Antwort auf die Herausforderungen in der Euro-Zone gegeben, betonte er in einer Rede in Stuttgart: „Unsere Vorschläge müssen im Zusammenhang, nicht isoliert voneinander betrachtet werden.“ Barroso warb für eine bessere Abstimmung der Wirtschaftspolitik, Struktur-reformen, solide Staatsfinanzen und Wachstumsanreize. Hilfen aus dem so genannten Rettungsschirm EFSF seien für die Übergangszeit bis zu einem neuen System geplant. Eindringlich hob Barroso die Abhängigkeit Deutschlands von der europäischen Gesamtwirtschaft hervor. Im vergangenen Jahr gingen 63 Prozent der deutschen Exporte in andere EU-Staaten. Eine Schwächung der Gemeinschaftswährung hätte zudem gravierende politische Spannungen zur Folge. „Solche Spannungen würden auch Deutschland treffen“, sagte er. „Entweder schwimmen wir gemeinsam oder wir gehen getrennt unter. Der Weg aus dieser Krise muss und kann nur ein gemeinsamer Weg sein.“ (c)



Foto: ap+Foto

Grenzüberschreitende Patientenrechte

EU-weit freie Wahl für Gesundheitsdienstleistungen

Die EU-Richtlinie über Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung ist in dieser Woche vom Europäischen Parlament angenommen worden. John Dalli, EU-Kommissar für Gesundheit und Verbraucher, sagte, die Richtlinie bringe Klarheit über den EU-weiten Zugang zu einer sicheren Behandlung von hoher Qualität.

Dalli führte weiter aus: „Sie wird Patienten helfen, die eine Spezialbehandlung benötigen, beispielsweise wenn es um die Diagnose oder die Behandlung einer seltenen Krankheit geht. Und sie wird zu einer engeren Zusammenarbeit in der Gesundheitsversorgung zwischen den Mitgliedstaaten führen, etwa durch die gegenseitige Anerkennung von Verschreibungen.“

So muss der italienische Apotheker das extra für einen Diabetiker aus Deutschland ausgestellte Rezept anerkennen. Oder wenn sich eine ältere Dame aus Polen in Deutschland, wo ihre Enkel leben und arbeiten, einer Hüftoperation unterziehen möchte, dann kann sie das mit ihrer Krankenkasse in Polen abspre-



chen. Ein Portugiese, der sich von einem spanischen Spezialisten wegen seines Grauen Stars behandeln lässt, muss die Kosten von seiner Kasse erstattet bekommen.

Im Allgemeinen bezahlt der Patient die Leistungen zunächst selbst; danach sollten ihm die Kosten so schnell wie möglich von der Krankenkasse erstat-



Foto: pixelio, Rainer Sturm, Thommy s.

tet werden. Die Richtlinie sieht vor, dass die Mitgliedstaaten die Möglichkeit haben, den Kostenerstattungsbetrag im Voraus auf der Grundlage eines vom Patienten vorzulegenden Kostenvorschlags schriftlich zu bestätigen.

Nachfrage gering

Dalli wies darauf hin, dass sich die Europäer am liebsten wohnortnah versorgen lassen. Die Ausgaben für die grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung belaufen sich auf nur rund ein Prozent der öffentlichen Gesundheitsausgaben. Das entspricht rund 10 Milliarden Euro. Es kommt jedoch vor, dass man ins Ausland fahren muss, weil das notwendige Fachwissen oder die benötigte Behandlungsmöglichkeit im eigenen Land nicht vorhanden sind oder einfach deshalb, weil sich das nächstgelegene Krankenhaus auf der anderen Seite einer Grenze befindet.

Die Richtlinie gibt den Patienten das Recht, jetzt frei einen Arzt oder ein Krankenhaus in einem anderen EU-Land auszuwählen. Jeder Mitgliedstaat muss

eine oder mehrere Kontaktstellen einrichten, die Patienten mit Informationen versorgen oder bei auftretenden Problemen helfen. Grundsätzlich müssen sie Zugang zu allen Angaben über die Sicherheit und Qualitätsstandards der ausgewählten Therapie haben können, ungeachtet ob stationär oder ambulant.

Vorabgenehmigung

Die Krankenkassen können in drei Fällen ein System der „Vorabgenehmigung“ einführen, also vor der Behandlung prüfen, ob sie die Kosten übernehmen würden. Das gilt

- für eine Gesundheitsversorgung mit mindestens einer stationären Übernachtung;
- für hoch spezialisierte und kostenintensive Gesundheitsversorgung und
- in schweren und besonderen Fällen, die ein Risiko in Bezug auf Qualität und Sicherheit der im Ausland erbrachten Gesundheitsleistungen mit sich bringen.

In diesen drei Fällen kann vom Patienten verlangt werden, bei der für die Kostenerstattung zustän-

digen Stelle eine Vorabgenehmigung zu beantragen. Die Kasse kann die Genehmigung aber nur in Ausnahmefällen (z. B. Risiken bei der Behandlung) verweigern. Die Regelung kommt besonders Patienten zugute, die auf langen Wartelisten stehen oder die im eigenen Land keinen entsprechenden Spezialisten finden.

Erstattet werden die Kosten nach der Behandlung entsprechend der Sätze, die im Heimatland gelten.

Die neuen Regeln gelten nur für Patienten, die sich für eine Behandlung im Ausland entscheiden. Das System der Europäischen Krankenversicherungskarte gilt weiter für alle EU-Bürger, die bei einem Auslandsaufenthalt krank werden oder sich verletzen.

Der Europäische Rat muss der Richtlinie noch zustimmen. Danach haben die Mitgliedstaaten 30 Monate Zeit, um ihre nationale Gesetzgebung der neuen Richtlinie anzupassen. (vth)

➔ http://ec.europa.eu/health/cross_border_care/policy/index_en.htm

Internet – Eltern nutzen Kinderschutz zu wenig

Die meisten Programme zum Schutz von Kindern im Internet sind zwar wirksam. Allerdings nutzen nur etwa ein Viertel der in einer Studie befragten Eltern solche Programme. Laut der „EUKidsOnline“-Studie können immerhin 84 Prozent der getesteten Programme bestimmte Webseiten blockieren. Bei sozialen Netzen und Blogs ist die Wirksamkeit deutlich geringer. Außerdem sind nur wenige Produkte in der Lage, Webinhalte zu filtern, die mit Mobiltelefonen oder Spielkonsolen abgerufen werden, obwohl in Europa jedes vierte Kind mit solchen Geräten online ist. Zudem besteht ein Risiko von mindestens 20 Prozent, dass Webseiten, die für Kinder ungeeignetes Material enthalten, etwa Angebote, die Mergersucht, Selbstmord oder Selbstverstümmelung fördern, zugänglich bleiben. Die Kommission will im Rahmen der Digitalen Agenda für Europa, Eltern und ihre Kinder bei einer sicheren Nutzung des Internet unterstützen.

→ www2.lse.ac.uk/media@lse/research/EUKidsOnline/Home.aspx

EU sichert Tunesien Unterstützung zu

Die Europäische Union hat dem tunesischen Volk ihre volle Unterstützung zugesichert. Catherine Ashton, die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, sowie Štefan Füle, EU-Kommissar für Erweiterung und Nachbarschaft, erklärten dazu: „Wir sichern Tunesien und seinem Volk unsere Solidarität zu. Unsere Sympathie gehört den Familien und Freunden der Opfer der Gewalt. Wir drängen die Behörden dazu, verantwortungsvoll zu handeln und Gewalt zu vermeiden.“

Tunesien hat nun einen Punkt erreicht, an dem es nicht mehr zurück kann. Die EU steht nun an seiner Seite.“ Die EU sei bereit, Tunesien bei demokratischen Reformen und wirtschaftlicher Entwicklung zu helfen und insbesondere bei der Organisation von Wahlen.

→ www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/118873.pdf

Recycling in der EU: Es bleibt noch viel zu tun

Beim Vermeiden und Recycling von Abfällen sind in der EU Fortschritte erzielt worden. Nach einem in dieser Woche vorgelegten Bericht der Kommission herrschen aber zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten noch enorme Unterschiede: In einigen erreicht der Recyclinganteil mehr als 70 Prozent, in anderen Staaten werden noch immer über 90 Prozent des Abfalls im Boden vergraben. Fazit: Bis zu einer „Recycling-Gesellschaft“ ist es noch ein langer Weg. Das Gesamtabfallaufkommen ist in den meisten Mitgliedstaaten zwar gestiegen (oder bestenfalls zum Stillstand gekommen). Aber die Menge an Siedlungsabfällen hat sich bei jährlich etwa 524 Kilogramm pro Kopf in den vergangenen zehn Jahren stabilisiert. Der Bericht stellt fest, dass die neue Abfallrahmenrichtlinie, die bis 12. Dezember 2010 umgesetzt werden musste, in vielen EU-Mitgliedstaaten noch nicht übernommen wurde. Sie enthält eine verbindliche Rangfolge für die Abfallbewirtschaftung: Vermeidung, Wiederverwendung, Recycling. Die Beseitigung zum Beispiel auf Deponien kommt erst als letztes Mittel in Frage.

→ <http://ec.europa.eu/environment/waste/strategy.htm>

MELDUNG DER WOCHE + + + + +

EU-Kommission fördert Sport

Mehr Frauen in Führungspositionen, transparente Finanzierungsregeln, faire Wettkämpfe und Kampf gegen Doping – die EU-Kommission will den Sport im europäischen Rahmen stärken. Die Vorschläge betreffen die Stärkung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rolle des Sports. Die für Bildung, Kultur, Mehrsprachigkeit und Jugend zuständige EU-Kommissarin Androulla Vassiliou erklärte: „Die heute angenommenen Maßnahmen unterstreichen dessen Bedeutung für Wirtschaft und Gesellschaft und werden zu mehr Transparenz und Mitsprache im Sport beitragen.“ Die geplanten Maßnahmen beruhen auf den im Vertrag von Lissabon verankerten

neuen Zuständigkeiten der EU. Die Kommission strebt einen regelmäßigen Dialog mit Sportvertretern an, um die Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten, den Sportverbänden und den aktiven Sportlern zu fördern. In den Jahren 2009 bis 2010 stellte die Kommission mehr als sechs Millionen Euro zur Unterstützung von rund 40 Projekten im Sportbereich zur Verfügung. 2011 werden zwölf weitere Projekte hinzukommen.

→ http://ec.europa.eu/sport/index_de.htm



Foto: pixello



Die europäischen Navigationssysteme werden mithilfe von Galileo noch präziser arbeiten (oben).

Unten: Weltraumimpressionen - so bewegt sich „Giove A“, einer der beiden Testsatelliten, im Orbit.



Foto: esa, EU-Kommission

Europäisches Satellitennavigationssystem teurer als erwartet

Galileo und EGNOS feiern Richtfest

Halbzeitbilanz der europäischen Satellitennavigationsprogramme Galileo und EGNOS: 2014 sollen erste Dienste über zunächst 18 Satelliten an den Start gehen, darunter ein Navigationssystem für Autofahrer und eines für Rettungskräfte. Weitere Dienste kommen hinzu, sobald die volle Funktionsfähigkeit mit 30 Satelliten erreicht ist.

In den neunziger Jahren beschloss die EU-Staaten, ein eigenes Navigationssystem zu bauen. Sie wollten nicht länger vom amerikanischen GPS abhängig sein. Galileo, der große technische Vordenker der Renaissance, gab den Namen dafür. Die Ziele sind anspruchsvoll: Das technisch genaueste System der Welt soll es werden, Europa technologisch und wirtschaftlich voranbringen und geostrategisch von Nutzen sein. Galileo soll präziser als das amerikanische System arbeiten und weltweit die metergenaue Positionsbestimmung ermöglichen.

Nach ersten Anlaufschwierigkeiten sind inzwischen zwei Testsatelliten im Orbit. Giove A und Giove B sichern die Frequenzen ab und prüfen die Zuverlässigkeit der Technik. Auch das EGNOS-Programm, das die Präzision der Signale von Satellitennavigationssystemen verbessert, verzeichnet Fortschritte. Die ersten vier operativen Satelliten, die 2011 und 2012 abheben werden, sind fast fertig. 14 weitere sind beim Bremer Raumfahrtunternehmen OHB in Auftrag gegeben worden. Der Aufbau der Bodeninfrastruktur mit den beiden Bodenkontrollstationen im italienischen Fucino und im deutschen Oberpfaffenhofen ist weit fortgeschritten. „Wir begrüßen die bisherigen Fortschritte und sind fest entschlossen, dieses Projekt zum Erfolg zu führen“, erklärte Industriekommissar Antonio Tajani bei der Vorla-

ge des Halbzeitberichts. Mit Galileo könne sich Europa in einer Wachstumsbranche behaupten, die durch die Globalisierung und den Eintritt von Schwellenländern geprägt sein werde. Auch China und Russland haben Systeme am Start. Das weltweite Geschäftsvolumen mit Satellitennavigationsanwendungen wird für 2020 auf 240 Milliarden Euro geschätzt.

Die Kommission veranschlagt bis 2020 Kosten von rund 5,3 Milliarden Euro. Im laufenden EU-Haushalt bis 2013 werden rund 3,4 Milliarden Euro aufgebracht. 2014 bis 2020 sind weitere 1,9 Milliarden Euro nötig, heißt es im Bericht. Teurer wird vor allem die Galileo-Infrastruktur. Die jährlichen Betriebskosten von Galileo schätzt die EU-Kommission auf 800 Millionen Euro. Aus Sicht des Vorsitzenden des Industrieausschusses Herbert Reul (CDU) sind die noch zusätzlich notwendigen Investitionen aus politischer und wirtschaftlicher Sicht gut angelegtes Geld. „Es wäre ein Fehler, das Projekt auf halber Strecke aufzugeben, denn immer mehr Anwendungen in der Wirtschaft basieren auf weltraumgestützter Positionsbestimmung – im Verkehr, in der Landwirtschaft oder auch in der Bauwirtschaft. Das ganze Potenzial tritt gerade erst zutage.“ (mb)

→ http://ec.europa.eu/enterprise/policies/satnav/index_de.htm

Initiative zur außergerichtlichen Streitbeilegung

Es geht auch ohne Richter

Nicht nur in Deutschland sind die Gerichte oft überlastet mit der Beilegung von Bagatell-Streitigkeiten. Viele von diesen könnten auch außergerichtlich gelöst werden. Eine neue Initiative der EU-Kommission wird dafür einen Rahmen bilden.

Ob ungerechtfertigte Konto-Abbuchungen oder unfaire Vertragsklauseln – viele Streitfälle zwischen Verbrauchern und Händlern lassen sich mit etwas gesundem Menschenverstand lösen. Dazu bedarf es keiner juristischen Ausbildung und keiner richterlichen Vollmachten. Das Fachwort dafür heißt: alternativer Streit-schlichtungsmechanismus oder „alternative dispute resolution scheme“ (ADR). Solche Stellen, oft sind es „Ombudsmänner“ oder „-frauen“, werden von öffentlichen oder privaten Institutionen getragen, beispielsweise von Berufsverbänden und Handwerker-Innungen. Ihr Vorteil: Sie sind schnell und kostengünstig: ADR-Verfahren führen in den meisten Fällen zu einer Beilegung des Rechtsstreits innerhalb von 30 bis 90 Tagen.

John Dalli, EU-Kommissar für Gesundheit und Verbraucher, hat nun eine Konsultation gestartet, um die Meinung interessierter Gruppen und Bürger zu den Schlichtungsverfahren zu erfragen. Sie läuft bis 15. März 2011. Im Herbst diesen Jahres folgt dann eine öffentliche Anhörung. „Alle EU-Verbraucher sollten eine einfache, schnelle und kostengünstige Möglichkeit haben, Streitfälle mit Händlern zu schlichten. Das Ziel der Konsultation ist eine Initiative, die garantiert, dass die Verbraucher sich sicher fühlen, wenn sie im Ausland einkaufen, und die die Gerichte entlastet.“ Gegenwärtig gibt es in der EU rund 750 solcher



Bagatellstreitigkeiten verursachen dicke Aktenberge – das muss nicht sein, wenn zum Beispiel ein Ombudsman als Schlichter eingeschaltet wird.

Foto: pixelio, Peter Kirchoff

ADR-Stellen. Dennoch bleiben noch immer viele Verbraucheranliegen ungelöst. Die EU-Initiative soll die Verfahren nun vereinheitlichen und verbessern. So gibt es noch immer Regionen und Branchen in der EU, in denen es keine ADR-Stellen gibt. Zudem sind diese Stellen oft noch immer zu wenig bekannt und zu wenig verständlich. 40 Prozent der Verbraucher wissen gar nicht, dass ihnen der Weg zu einem ADR offen steht, hat eine Umfrage ergeben. Zudem haben viele Händler noch immer Vorbehalte gegen diesen Mechanismus.

Allein in Deutschland gibt es rund 200 solcher Streitbeilegungsstellen. Der Erfolg gibt ihnen recht: 81 Prozent der Vereinbarungen wurden eingehalten. Hierzulande sind solche außergerichtlichen Verfahren zudem vom Gesetz gedeckt: So sieht das deutsche Recht für Streitfälle im Wert von weniger als 600 Euro ein Bagatellklageverfahren vor. Doch dieser Weg steht

den Beteiligten nur offen, wenn sie sich zuvor um eine solche außergerichtliche Beilegung bemüht haben. Für grenzüberschreitende Streitfälle sieht eine EU-Richtlinie ein vereinfachtes Verfahren für Streitfälle bis zu einer Grenze von 2.000 Euro vor.

Entscheidendes Kennzeichen für einen ADR ist, dass eine neutrale, dritte Partei den Streit schlichtet. Die EU-Kommission hat bereits zwei Empfehlungen zu ADR formuliert, etwa über Mindestanforderungen an ADR-Stellen. Einige Richtlinien haben in konkreten Fällen sogar die Einrichtung von ADR für bestimmte Branchen vorgeschlagen oder vorgeschrieben, etwa in den Branchen Energie oder Telekommunikation. (hb)

→ http://ec.europa.eu/consumers/redress_cons/adr_en.htm

VERANSTALTUNG

FACHFORUM EUROPA



JUGEND für Europa
Deutsche Agentur
für das EU-Programm
JUGEND IN AKTION

living europe

Wie kann man Jugendliche für Europa begeistern und zur Teilnahme anregen? Wie kann man das europäische Bewusstsein stärken? Das Fachforum „Europa“ schafft einen Überblick über bestehende Ansätze und Akteure der europabezogenen Jugendbildung in Deutschland und Europa. Das unter anderem von der Bundeszentrale für politische Bildung und „Jugend für Europa“ veranstaltete Fachforum 2011 legt den Schwerpunkt auf aktuelle europäische Politikfelder wie EU-Bildungs-, Energie- und Umweltpolitik. In Workshops wird der Frage nachgegangen, wie die Inhalte dieser Politikfelder an Jugendliche vermittelt werden können.

Weitere Infos

2.-4.2.2011, Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstraße 8, 10119 Berlin

→ www.boell.de

WETTBEWERB

JOURNALISTENPREIS DES EU-PARLAMENTS

Das EU-Parlament schreibt zum vierten Mal seinen Journalistenpreis aus. Er zeichnet Journalisten aus, die wichtige europäische Themen aufgegriffen oder mit ihrer Arbeit dazu beigetragen haben, das Verständnis für die Institutionen der EU oder die EU-Politik insgesamt zu verbessern. Die Beiträge müssen zwischen dem 1. April 2010 und dem 31. März 2011 in einer der offiziellen Sprachen der Europäischen Union veröffentlicht oder gesendet worden sein. Alle Kandidaten müssen Staatsbürger oder Einwohner eines EU-Mitgliedstaates und hauptberuflich als Journalisten tätig sein.

Bewerbungsfrist: 31.3.2011

→ www.eppj.eu

EUROPA IM TV

YOUROPE

Wie steht es mit dem Terror in Europa? Wie leben ETA-Aussteiger nach der Waffenruhe? Und was ist Cyperterror? „Terror – Zwischen Panik und Sicherheitswahn. Über Angriffe auf Menschen, Netzwerke und Computer“ ist das Thema des Europamagazins „Yourope“. Das TV-Magazin beleuchtet in jeder Sendung ein zeittypisches und gesellschaftspolitisches europäisches Phänomen. Zudem besteht die Möglichkeit, sich als Zuschauer aktiv als Reporter zu beteiligen und es mit einem originellen Videostatement bis in die Sendung zu schaffen.

Sendetermin: Arte, 30.1.2011, 17.20 Uhr



PUBLIKATION

BILDUNG FÜR EUROPA

Grundtvig, das Programm zur Förderung der allgemeinen Erwachsenenbildung, steht im Fokus der aktuellen Ausgabe des Magazins „bildung für europa“ (Journal der Nationalen Agentur beim Bundesinstitut für Berufsbildung). 2010 hat es sein zehnjähriges Bestehen gefeiert. Best-Practice-Beispiele, Kommentare von Verantwortlichen und Zeitzeugen sowie die Präsentation des 2013 beginnenden Nachfolgeprojektes sind in diesem Heft enthalten. Als zweites wichtiges Thema wird die neue Flaggschiffinitiative „Jugend in Bewegung“ der europäischen Kommission vorgestellt und kommentiert. Außerdem liegt dem Heft ein 12-seitiger Einleger mit dem Titel „Europäische Bildungspolitik – Bilanz und Perspektiven 2020“ bei. „bildung für europa“ steht online zur Verfügung oder kann auf der Webseite der Nationalen Agentur Bildung für Europa beim Bundesinstitut für Berufsbildung bestellt werden.



→ www.na-bibb.de/

TERMINVORSCHAU BIS 29.1.2010

Wann	Was	Wo	Weitere Infos
23.1.2011 15.00-17.00 Uhr	Auftaktveranstaltung „ Engagement in und für Europa “ zum „ Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit “ auf der Hamburger Freiwilligenbörse AKTIVOLI Veranstalter: europe direct, Info Point Europa	Handelskammer Hamburg Adolphsplatz 1 20457 Hamburg	www.infopoint-europa.de
25.1.2011 10.00 Uhr	Podiumsdiskussion „ Europa in den Medien “ Veranstalter: Europa Union Brandenburg	Uni Potsdam August-Bebel-Strasse 89 14482 Potsdam	www.eubb.de
25.1.2011 18.15 Uhr	Vortrag „ Processes of mutual adoption between the health care systems in the German-Polish borderland “ Veranstalter: Ernst Moritz Arndt Universität Greifswald	Audimax, HS 2 Domstraße 9a 17487 Greifswald	www.phil.uni-greifswald.de/fk/borderlands.html
25.1.2011 19.30 Uhr	Vortrag „ Wie sozial ist die EU “ Veranstalter: u.a. Volkshochschule Osnabrück	Volkshochschule Osnabrück Bergstraße 8 49076 Osnabrück	mareikedildei@web.de
26.1.2011 16.30 Uhr	„ Dialog mit den Bürger/innen “ zu kirchlichen Anliegen in der EU-Politik Veranstalter: Europe Direct Saarbrücken	Rathausfestsaal Rathausplatz 1 66111 Saarbrücken	www.eiz-sb.de
26.1.2011 18.00 Uhr	Diskussion „ Pro Demokratie, Weltoffenheit und Toleranz – Kontra Rassismus und Ausgrenzung “ Veranstalter: Friedrich-Ebert-Stiftung	Friedrich-Ebert-Stiftung Hiroshimastraße 17 10785 Berlin	Anmeldung unter forum.cy@fes.de
26.1.2011 18.15 Uhr	Vortrag „ Reform der europäischen Finanzregeln – für eine bessere Verfassung Europas “ von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble Veranstalter: Walter Hallstein-Institut	Senatssaal HU Unter den Linden 6 10099 Berlin	www.whi-berlin.de
27.1.2011 10.00-14.00 Uhr	Info-Veranstaltung „ EU-Fördermitteln im IT- und Kommunikationssektor “ Veranstalter: IHK für München und Oberbayern	HK für München und Oberbayern Max-Joseph-Str. 2 80333 München	Anmeldung per Fax: 089 - 5116 615
27.1.2011 10.00 Uhr	Konferenz „ EFRE. Nachhaltig Entwicklung fördern “ Veranstalter: Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten	Waschhaus-Arena Schiffbauergasse 6 14467 Potsdam	www.efre.brandenburg.de
27.1.2011 10.00 Uhr	Diskussion „ Zukunftsthema Energie in Städten und Gemeinden “ Veranstalter: Steinbeis-Europa-Zentrum	Institut für Technologie Kaiserstraße 12 76131 Karlsruhe	Anmeldung unter marschalek@steinbeis-europa.de
27.1.2011 11.00 Uhr	Diskussion „ Die EU-Strategie für Rohstoffe – für nachhaltiges Wachstum in Europa “ mit Kommissionsvizepräsident Antonio TAJANI, zuständig für Unternehmen und Industrie Veranstalter: Vertretung der EU-Kommission, Berlin	Europäisches Haus Unter den Linden 78 10117 Berlin	Anmeldung unter http://ec.europa.eu/deutschland/termine/20110127_eu-strategie_rohstoffe_de.htm
28.1.2011 14.00 Uhr	EU-Briefing „ EU-Karriere – Neue Auswahlverfahren 2011 “ Veranstalter: Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland	Europäisches Haus Unter den Linden 78 10117 Berlin	Anmeldung unter www.europaeische-bewegung.de/index.php?id=12966
29.1.2011 10.00 Uhr	Info-Veranstaltung „ Karriere bei EU und internationalen Organisationen “ Veranstalter: Auswärtiges Amt	Auswärtiges Amt Unterwasserstraße 10 10117 Berlin	www.auswaertiges-amt.de

Alle Angaben ohne Gewähr

IMPRESSUM

Herausgeber:

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland, Leitung: Matthias Petschke (V.i.S.d.P.)
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Vertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Vertretung in München:

Erhardtstr. 27 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Volker Thomas (vt), Uwe Roth (ur), Hubert Beyerle (hb), Michael Bechtel (mb), Franziska Bornefeld (fb), Annette Conradt • Thomas und Roth (GbR) Presse & PR
Bülowstraße 66 Aufgang D3 • 10783 Berlin • Tel: 030-21 23 21 35 • Fax: 030-21 23 21 37 • info@thomas-prr.de • www.thomas-prr.de

Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

Haftungsausschluss: Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt.

Die namentlich gekennzeichneten Beiträge der EU-Nachrichten geben die subjektive Sicht der Verfasser wieder.

Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.

© Europäische Kommission, 2011

Kulturhauptstädte Europas 2011

Das Ostsee-Duo

Mit der Lichtinstallation „Turku in Flammen“ ist Finnlands älteste Stadt als Europäische Kulturhauptstadt 2011 gestartet. Damit beweisen die Skandinavier Humor, ist die Stadt doch in ihrer 750-jährigen Geschichte über 30 Mal abgebrannt. Unter dem Motto „Geschichten am Meer erzählen“ hat 200 Kilometer südlich auch in der estnischen Hauptstadt Tallinn das Jahr als Europäische Kulturhauptstadt begonnen.

Die Europäischen Kulturhauptstädte haben sich ein umfangreiches Programm vorgenommen und setzen auf Kooperation. Dank der räumlichen Nähe, es ist nur ein Sprung über die Ostsee, können viele Projekte und Veranstaltungen gemeinsam realisiert werden. So zum Beispiel das Projekt „Baltic Sea Dialogue“, das die engen Beziehungen zwischen Finnen, Esten und Russen in den Vordergrund stellen will. Im Juni werden sich die beiden Kulturhauptstädte 2011 in Helsinki „treffen“. Auf dem Senatsplatz präsentieren Turku und Helsinki Kunst, klassische und moderne Musik sowie Kulinarisches. Abends treten Bands und DJs in den Clubs der finnischen Hauptstadt auf.

Geschichten am Meer erzählen

Tallinn hat einen Großteil seines Programms darauf ausgerichtet, sich dem Meer wieder anzunähern. Die letzten 50 Jahre hatte sich die Stadt von der See abgewandt,

da die Sowjets den Hafen zum militärischen Speergebiet erklärt hatten. Nun soll eine neue Uferpromenade entstehen. Auf diesem „Kulturkilometer“ werden Kunstinstallationen gezeigt und Feste veranstaltet. Die alte Werft und das ehemalige Gefängnis stehen für Ausstellungen und Konzerte zur Verfügung. Auch ein neues Meeresmuseum soll im Sommer eröffnet werden.

Turku „kuriert“ mit Kunst

Turku war traditionell eine Schiffbau-Stadt. Doch der größte Arbeitgeber, die Werft, hat die goldenen Zeiten hinter sich. Nun soll Kultur ein neues wirtschaftliches Standbein werden. Zentrum vieler Aktivitäten ist hierbei das „Logomo“ – ein neues Kulturzentrum in einer ehemaligen Maschinenfabrik. Hier wird unter dem Titel „Alice in Wonderland“ die größte zeitgenössische Fotoausstellung Finnlands zu sehen sein. Sonst hat man bewusst nicht in neue Theater oder Museen investiert, sondern setzt auf die Menschen, die

Kultur produzieren, nutzt Bestehendes wie das Turku-Museum, in dem eine große Carl-Larsson-Ausstellung gezeigt wird, oder lädt ins Sibelius-Museum, in dem regelmäßig Konzerte stattfinden. Das Programm weist aber auch einige schräge Besonderheiten auf: Ein Open-Air-Festival mitten im nordischen Winter oder ein Wrestling-Kampf mit Akkordeonmusik. Und damit die Turkuer ihr kreatives Potenzial auch vollständig entfalten können, verschreiben die Ärzte ganz nach dem Motto „Kultur kuriert“ manchmal auch einen Theaterbesuch statt Schmerztabletten.

Nach Turku und Tallinn im Jahr 2011 werden 2012 Guimarães (Portugal) und Maribor (Slowenien), 2013 Marseille (Frankreich) und Košice (Slowakei), 2014 Umeå (Schweden) und Riga (Lettland) sowie 2015 Mons (Belgien) und Pilsen (Tschechische Republik) Kulturhauptstädte sein. (fb)

➔ www.tallinn2011.ee/eng

➔ www.turku2011.fi/en/turku-2011

Blick auf die Altstadt von Tallinn (links), Hafen von Turku (rechts)

